

Unentbehrlich, aber übersehen

Kolumbien: Pandemie, Hunger und die prekäre Situation der Hausarbeiterinnen



Foto: MARGRET BUSLAY

Während der Covid-19-Pandemie ist die soziale Ungleichheit wie unter einem Brennglas deutlicher sichtbar geworden, hat sich durch die monatelange Krise aber auch drastisch verstärkt. Hieß es früher: „Wer arm ist, muss früher sterben“, so änderte sich diese Faustregel durch die Pandemie geringfügig: „Wer arm ist, muss eher sterben“ heißt es jetzt, weil das Risiko, an Covid-19 zu sterben, für Wohlhabende und Reiche sehr viel niedriger ist. Dies vertritt der Armutsforscher Christoph Butterwegge in Bezug auf Deutschland. Seine Aussage gilt in gleicher Weise für Kolumbien, allerdings sind dort die sozialen Verwerfungen, von der Corona-Krise verstärkt, noch viel deutlicher ausgeprägt. Ein gutes Beispiel dafür ist die Situation von Frauen, die in Privathaushalten als Sorgearbeiterinnen beschäftigt sind.

Die Lage könnte nicht dramatischer sein, denn die Covid-19-Pandemie hat Kolumbien voll im Griff. Bis Mitte Februar 2021 sind dort über 58 000 Menschen an der Viruskrankheit gestorben. Damit gehört das Andenland mit

VON BETTINA REIS

seinen 51 Millionen Einwohner*innen zu den zehn Ländern mit der höchsten Covid-19-Sterblichkeit. Auch in Kolumbien haben ältere Menschen und Menschen mit Vorerkrankungen ein höheres Risiko für einen schweren Verlauf im Falle einer Infektion. Entscheidend dafür, an Covid-19 zu erkranken und dies gegebenenfalls nicht zu überleben, ist jedoch die soziale Herkunft. 88 Prozent der Covid-19-Toten in Kolumbien waren arme Menschen, die zu den „Schichten 1-3“ gezählt werden, was nach der landestypischen Kategorisierung die Allerärmsten bis hin zur unteren Mittelschicht umfasst. „Aus Sicht der öffentlichen Gesundheit ist es eine Binsenweisheit, dass eine sanitäre Krise die Bürger*innen nicht in gleicher Weise trifft. Die wirtschaftlich Schwächeren haben ein höheres Sterblichkeitsrisiko, da sie weniger materielle Mittel haben, um sich an Maßnahmen wie Ausgangssperren und Quarantäne anzupassen, und weil sie weniger Zugang zu den Gesundheitsdiensten haben“, stellt die Psychiaterin Carolina Corcho Mejía kategorisch fest. Sie ist Vizepräsidentin der *Federación Médica Colombiana*, einer Standesorganisation von Mediziner*innen.

Das Land, das von der Natur so reich gesegnet ist, dass eigentlich Milch und Honig fließen müssten, hat derzeit ein

Foto: Unübersehbar! Die Gewerkschaft der Hausarbeiterinnen Utrasd auf der Frauendemo am 8. März 2020 in Medellín, Kolumbien

Hungerproblem. 28 Prozent der Gesamtbevölkerung haben zu wenig zu essen, für sechs Millionen Menschen reichte es Ende 2020 nur noch für eine Mahlzeit am Tag. Die Maßnahmen der neoliberal orientierten Regierung von Präsident Duque, um die Krise sozial abzufedern, waren völlig unzureichend. Viele Nothilfemittel sind gar nicht abgeflossen, und die über diverse Sozialprogramme verteilten Gelder und Sachleistungen waren nur der berühmte Tropfen auf den heißen Stein. Deshalb wird derzeit von einer breiten gesellschaftlichen Initiative gefordert, diese Programme durch ein permanentes Grundeinkommen zu ersetzen. 30 Millionen bedürftigen Kolumbianer*innen soll eine Grundrente gezahlt werden, die nach der amtlichen Armutsgrenze berechnet wird, das wären derzeit 74 Euro im Monat. Damit könnte über sieben Millionen Familien ein würdiges Überleben gewährleistet werden, was ein verbrieftes Grundrecht ist. Der Regierung gefällt dieser Vorschlag nicht. Um ein Grundeinkommen durchzusetzen, braucht es also enormen politischen und gesellschaftlichen Druck.

Ende Januar wurden die amtlichen Zahlen zur Arbeitsmarktentwicklung 2020 veröffentlicht. Auch in Kolumbien ist die Wirtschaft eingebrochen. Die Erwerbslosigkeit ist von vorher 13 auf 17 Prozent angestiegen. Ende 2020 waren vier Millionen Menschen arbeitslos. „Aber diese Zahlen sind irreführend“, erläutert Héctor Vásquez Fernández, Analyst der *Escuela Nacional Sindical* (ENS, Nationale Gewerkschaftsschule), einer in Medellín ansässigen NGO. Denn auch die Zahl der statistisch als „wirtschaftlich inaktiv“ geführten Personen habe sich um zwei Millionen erhöht. „Das sind Personen, die weder als Beschäftigte noch als Arbeitslose registriert werden, also Studierende, Rentner*innen und chronisch Kranke, aber auch, wie paradox!, diejenigen, die im Bereich der Sorgewirtschaft tätig sind. Diese werden unter ‚Haushaltstätigkeiten‘ erfasst. Die meisten dieser zwei Millionen haben ihre Arbeit verloren und suchen, da sowieso aussichtslos, keine neue Stelle. Deshalb beträgt die Arbeitslosenquote eigentlich 24 und nicht nur 17 Prozent“, analysiert Vásquez.

Zu dieser Gruppe der neuen „Inaktiven“ gehören viele Frauen, die in Privathaushalten arbeiten. Laut Angaben der CEPAL, der Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik, hat sich deren Zahl während des Lockdowns in Kolumbien fast halbiert. In einem Regionalbericht, in dem sie die Auswirkungen der Corona-Krise auf Frauen skizziert, stellt die UN-Behörde fest: „Die bezahlte Hausarbeit ist ein weiterer Bereich, der von der Krise stark erschüttert wird. Es ist ein stark prekarisierter Sektor, und diese Arbeit kann nicht ferngesteuert erledigt werden. Viele in diesem

Bereich tätige Frauen haben Angst um ihre Entlohnung, vor allem, wenn sie keinen formalen Arbeitsvertrag haben. Die Frauen, die trotz der Pandemie beschäftigt blieben, haben zusätzliche Arbeiten und Verantwortung übernommen, zum Beispiel wegen der Schulschließungen. Sie mussten zur Vorsorge die Hygienestandards erhöhen und haben ein erhöhtes Infektionsrisiko.“

Diese CEPAL-Analyse spiegelt sich in den Ergebnissen einer Umfrage wider, die 16 kolumbianische Organisationen eine Woche, nachdem die Regierung im März 2020 den ersten Lockdown verhängt hatte, durchführten. Sie befragten insgesamt 678 Personen, die in Privathaushalten tätig sind, darunter 20 Männer (drei Prozent). Die Interviewten waren zu zwei Drittel Frauen, die tageweise in unterschiedlichen Haushalten beschäftigt waren, 25 Prozent arbeiteten in einem einzigen Haushalt, wohnten aber bei ihren eigenen Familien, und acht Prozent waren so bezeichnete Interne, lebten also bei der Familie, bei der sie angestellt sind. 13 Prozent war über ein Dienstleistungsunternehmen angestellt. Die Stichprobe deckte also alle möglichen häuslichen Beschäftigungsverhältnisse ab.

„Die als Interne arbeitenden Frauen leiden in Pandemiezeiten darunter, von ihren Familien getrennt zu sein. Die tageweise Beschäftigten sind aber schlimmer dran. Die meisten blieben von heute auf morgen ohne Einkünfte und ohne soziale Absicherung“, resümiert der Evaluierungsbericht, den fünf Organisationen, darunter die bereits genannte *Escuela Nacional Sindical*, verfasst haben. Und weiter: „Das ist paradox, denn zu Corona-Zeiten ist die Bedeutung der Sorgearbeit

94 Prozent der bezahlten häuslichen Sorgearbeiter*innen sind weiblich, sie sind arm und haben nur geringe Schulbildung. Ein hoher Anteil sind Afrokolumbianerinnen und viele sind Opfer des bewaffneten Konflikts. Über 60 Prozent dieser Sorgearbeiterinnen verdienen weniger als den gesetzlichen Mindestlohn (aktuell 211 Euro im Monat)

zu einer Art wundersamer Entdeckung geworden. In Millionen Botschaften wird der Wert der Hausarbeit und der Personen, die sie verrichten, gepriesen. Aber materiell haben diese Huldigungen den bezahlten Hausarbeiterinnen nichts gebracht, im Gegenteil, eine weitere Verschlechterung ihrer Situation ist zu befürchten.“

An den arbeitsrechtlichen Vorgaben für die hauswirtschaftliche Arbeit in Kolumbien ist wenig auszusetzen. Bereits 2014 hat Kolumbien das „Übereinkommen über menschenwürdige Arbeit für Hausangestellte“ der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) ratifiziert. Diese 2011 verabschiedete ILO-Konvention Nr. 189 soll sicherstellen, dass für die, überwiegend weiblichen, Hausangestellten die gleichen Arbeitsrechte gelten wie für andere Arbeitnehmer*innen. Von Deutschland wurde dieses Übereinkommen 2013 ratifiziert. Wie so oft in Kolumbien besteht zwischen den rechtlichen Vorgaben und der faktischen Realität auch in diesem Fall eine große Kluft. Dies wird auch in aktuellen Studien über Sorgearbeit belegt. Im Jahr 2018 stellte die *Escuela Nacional Sindical* eine um-



fassende Untersuchung über bezahlte Hausarbeit vor, die sie gemeinsam mit der Universität von Cartagena durchgeführt hat. Das allgemeine Panorama ist kurz umrissen wie folgt: 94 Prozent der bezahlten häuslichen Sorgearbeiter*innen sind weiblich, sie sind arm und haben nur geringe Schulbildung. Ein hoher Anteil sind Afrokolumbianerinnen, und viele sind Opfer des bewaffneten Konflikts, zum Beispiel Binnenvertriebene. Über die Hälfte sind schon älter als 40, acht Prozent sogar älter als 60 Jahre. Letztere haben schon das Rentenalter erreicht, das in Kolumbien für Frauen mit 57 Jahren beginnt.

Über 60 Prozent dieser Sorgearbeiterinnen verdienen weniger als den gesetzlichen Mindestlohn (aktuell 211 Euro im Monat), oft sind auch Sachleistungen wie Essen oder Kleidung Teil der Bezahlung. Überstunden werden fast nie anerkannt, nur ein Viertel der Frauen erhielt Urlaubsgeld. Ihre soziale Absicherung ist allgemein prekär, nur knapp 40 Prozent waren krankenversichert, 18 Prozent zahlten Beiträge für die Renten- und Berufsunfähigkeitsversicherung.

Die Arbeitsverträge werden fast immer mündlich abgeschlossen, oft mit vagen Vereinbarungen. Im Nachhinein werden oft Aufgabenfelder oder die Zahl der zu betreuenden Personen erweitert. Auch werden die Verträge gern einseitig, nach Willen und Gusto der Arbeitgeber*innen, gekündigt. Es handelt sich also mehrheitlich um unsichere und prekäre Beschäftigungsverhältnisse, die dem Rechtsanspruch gemäß den ILO-Prinzipien auf eine „gute Arbeit“ (englisch: *decent work*) nicht entsprechen.

Die Studie weist auch auf eine mehrfache Diskriminierung der Haushaltskräfte hin, weil sie Frauen, arm und schwarz sind. Denn wer aus den städtischen Elendsvierteln kommt, Kriegsopfer ist, afrikanische Wurzeln hat und „nur“ die typischen Frauenarbeiten erledigt, ist auf der gesellschaftlichen Stufenleiter weit unten angesiedelt.

Den Bestrebungen, die bezahlte Hausarbeit zu formalisieren, sind auch auf der Seite der Arbeitgeber*innen Grenzen gesetzt. Auch wenn sie ihre Haushaltshilfen ordnungsgemäß anmelden wollen, fehlen ihnen oft die Kenntnisse dazu. Vor allem bei den tageweise Beschäftigten ist die Berechnung von Krankenkassen- und Rentenbeiträgen kompliziert. „Klar, dass das keine Entschuldigung ist, die Frauen nicht anzumelden, aber es ist eine Realität und eine Herausforderung, der wir uns stellen müssen“, meint Ana Teresa Vélez, Leiterin des Bildungsbereichs der ENS. Für die häuslichen Sorgearbeiterinnen hat die NRO einen virtuellen und leicht verständlichen Ratgeber erstellt, der sie über ihre Rechte aufklärt.

Trotz widriger Umstände hat sich 2013 in Medellín eine Hausangestelltengewerkschaft gegründet, die überwie-

gend Afrokolumbianerinnen organisiert. Die *Unión de Trabajadoras Afrocolombianas del Servicio Doméstico* hat mittlerweile 450 Mitglieder. Das ist eine starke Leistung vor dem Hintergrund, dass Gewerkschaftsarbeit in Kolumbien stigmatisiert ist und die spezifische Situation von Hausangestellten – Vereinzelung, lange Arbeitszeiten und -wege, familiäre Verpflichtungen – die Organisierung enorm erschwert.

In Kolumbien gibt es ein breites Netzwerk von Gewerkschafts- und Frauenorganisationen sowie anderen NRO, die sich dem Themenkomplex Sorgewirtschaft und Sorgearbeit widmen. Zu diesem Netzwerk gehören auch feministische Politikerinnen und Akademikerinnen. Als erstes Land in Lateinamerika hat Kolumbien bereits 2010 ein „Gesetz zur Sorgewirtschaft“ verabschiedet, maßgeblich initiiert von der damali-

gen Senatorin Cecilia López Montaña. 2012 und 2017 wurden landesweite Umfragen zur Zeitaufteilung bei der häuslichen Sorgearbeit durchgeführt. Es gibt mittlerweile ein reiches und differenziertes Datenmaterial, das die Sorgeaktivitäten insgesamt sichtbar macht und den diesbezüglichen Gendergap dokumentiert.

Geteiltes Anliegen der Care-Initiativen ist, im gesellschaftlichen Bewusstsein das Recht auf Sorge (oder besser: auf Für-Sorge) als ein Menschenrecht zu verankern. Denn wir alle sind in unserem Lebenszyklus auf Für-Sorge angewiesen, insbesondere als Kinder, Kranke oder Alte. Davon abgeleitet müssen alle diejenigen, die diese Sorgearbeit leisten und damit menschliches Leben erhalten, sichtbar gemacht und mehr geachtet werden, auch materiell. Hausarbeit und Pflege müssen zwischen Männern und Frauen gerechter aufgeteilt werden, schließlich kommen nicht nur Frauen mit einem Sorge-Gen auf die Welt. Insbesondere im Wirtschafts-, Arbeits- und Sozialbereich muss sich das Konzept der „Für-Sorge als Menschenrecht“ in den öffentlichen Politiken widerspiegeln.

Übertragen auf die bezahlte häusliche Sorgearbeit bedeutet das, ihre Systemrelevanz anzuerkennen und sie von ihrem informellen Charakter zu befreien. Dafür sind lediglich die ILO-Prinzipien für eine menschenwürdige Arbeit und konkret das ILO-Übereinkommen Nr. 189 für Hausangestellte umzusetzen. Nicht nur in Kolumbien impliziert das derzeit, mit viel Kraft gegen den Strom zu schwimmen. Denn Wirtschaftskrisen werden stets zulasten der Frauen abgefördert. Auch in der Corona-Krise sind es vor allem Frauen, die die zusätzlich anfallenden Care-Arbeiten zu Hause übernehmen und außer Haus für noch weniger Geld arbeiten, damit ihre Familien überleben. Deshalb ist es wichtig, dass das eigentliche Ziel am Horizont, mehr soziale und mehr Gendergerechtigkeit, nicht verloren geht. Wohlgermerkt: Wir haben alle ein Recht darauf, versorgt und umsorgt zu werden. Hoch leben diejenigen, die das ermöglichen! ■

